



Geschäftsbericht 2020

89. Geschäftsjahr

Sparda-Bank Ostbayern eG

Sparda-Bank

Die Deine Bank.



Anmerkung

Soweit in unserem Geschäftsbericht Personen- und Funktionsbezeichnungen nicht ausdrücklich in der weiblichen und männlichen Form genannt werden, gelten die sprachlichen Bezeichnungen in der männlichen Form sinngemäß auch in der weiblichen Form. Wir bitten aus Gründen der Lesbarkeit um Ihr Verständnis.



Inhalt

- 5 Grußwort des Vorstands
- 8 Jahresabschluss 2020 der Sparda-Bank Ostbayern eG
- 9 Lagebericht
- 23 Bericht des Aufsichtsrats
- 24 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2020
- 26 Gewinn- und Verlustrechnung
- 27 Anhang
- 39 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
- 48 Impressum



Von links:
Werner Dollinger (Vorstand)
Johannes Lechner (Stv. Vorstandsvorsitzender)
Michael Gruber (Vorstandsvorsitzender)

Grußwort des Vorstands

Liebe Mitglieder, liebe Kundinnen und Kunden, liebe Sparda-Familie,

2020 war für uns alle ein außerordentliches Jahr in jeglicher Hinsicht und wurde in weiten Teilen durch die Corona-Pandemie bestimmt. Die Folgen haben nach wie vor großen Einfluss auf unseren persönlichen Alltag wie auch auf uns als Sparda-Bank Ostbayern eG.

So war es notwendig, unsere Vertreterversammlung im Juni 2020 zum ersten Mal in der Geschichte der Bank im virtuellen Format abzuhalten. Die große Teilnahme unserer Vertreterinnen und Vertreter im neuartigen Format begeisterte uns und wir danken ihnen dafür herzlich. Es ist uns jedoch ein Anliegen, wieder zu einer Präsenzveranstaltung zurückzukehren, sobald dies wieder möglich ist – der persönliche Kontakt ist auf Dauer einfach nicht zu ersetzen.

Die größte Herausforderung ist jedoch weiterhin das bestehende Zinsumfeld. Zu großen Teilen herrschen an den Kapitalmärkten negative Renditen. Die Folgen sind im Ergebnis rückläufige Zinsüberschüsse. Auf der anderen Seite nimmt die weiterhin zunehmende Regulatorik erhebliche Personalressourcen in Anspruch und verursacht so Kostensteigerungen. Dennoch treiben wir unsere Bestrebungen, die Sparda-Bank Ostbayern zukunftsfähig weiterzuentwickeln, kontinuierlich voran. Der Umbau unserer IT ist dabei mittelfristig sicherlich das wichtigste Projekt.

Dabei lässt sich aber eines festhalten: Dank des Vertrauens unserer Kundinnen und Kunden und des Engagements unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können wir in Anbetracht der Umstände auf ein zufriedenstellendes Geschäftsjahr unserer Bank zurückblicken. Auch blicken wir bei allen Herausforderungen zuversichtlich in die Zukunft: Unser genossenschaftliches Geschäftsmodell ist attraktiver denn je und die Eigenkapitalbasis der Sparda-Bank Ostbayern ist stabil. Diese Voraussetzungen geben uns die Möglichkeit, weiter konzentriert, kompetent und mit Freude für unsere Kundinnen und Kunden da zu sein und die Sparda-Bank Ostbayern eG in eine stabile Zukunft zu führen.

Ihr Vorstand



Michael Gruber
Vorstandsvorsitzender



Johannes Lechner
Stv. Vorstandsvorsitzender



Werner Dollinger
Vorstand

Sparda-Bank

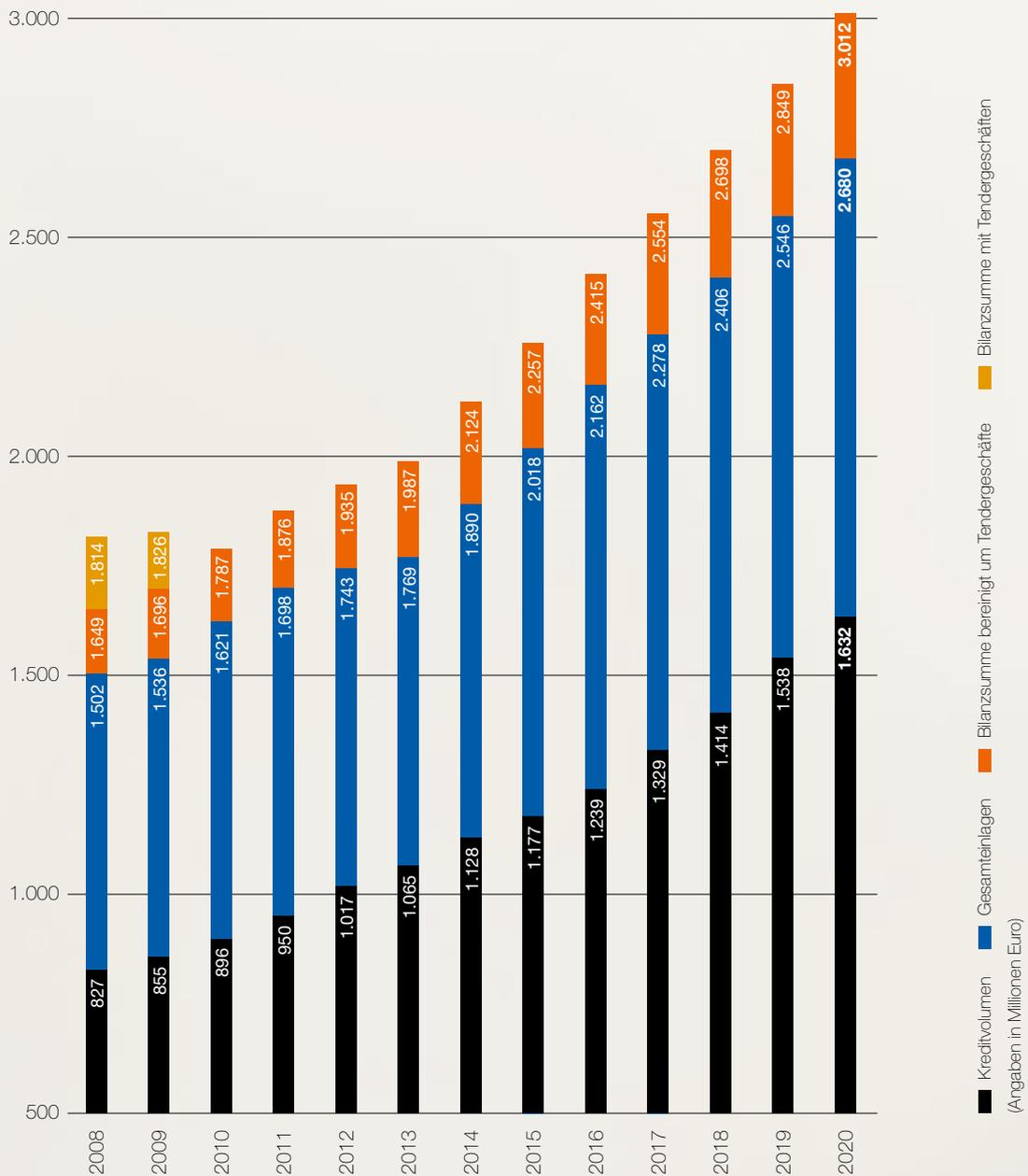
Die Deine Bank.





Jahresabschluss 2020 der Sparda-Bank Ostbayern eG

Entwicklung des Geschäftsvolumens seit 2008



Lagebericht

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Deutschland stand 2020 im Zeichen einer Krise, die durch das Coronavirus ausgelöst wurde. Die globale Virusverbreitung sowie die dagegen ergriffenen Maßnahmen ließen die bereits vorher eingetretene konjunkturelle Abschwächung in eine schwere Rezession münden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt brach gegenüber dem Vorjahr um 5,0 % ein, nachdem es 2019 noch um 0,6 % gestiegen war. In den Monaten März und April kam es bundesweit zu einem weitgehenden Stillstand des Wirtschaftslebens. Hauptgrund hierfür waren Schutzmaßnahmen wie weitreichende Kontaktbeschränkungen und Grenzschließungen, die in Reaktion auf kräftig steigende Infektionszahlen eingeführt wurden und zu Unterbrechungen von Produktions- und Lieferketten führten. Im Mai und den Folgemonaten setzte dann mit der Lockerung dieser Maßnahmen eine merkliche Belebung ein. Zum Jahresende ließen die Auftriebskräfte jedoch spürbar nach, auch wegen nochmals deutlich zunehmender Infektionszahlen, die verschärfte Schutzmaßnahmen erforderlich machten. Mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Härten der Krise abzufedern, wurden weltweit staatliche Hilfsprogramme aufgelegt. Beispielsweise beschloss die Bundesregierung im März und im Juni große Hilfspakete, die unter anderem eine Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und eine befristete Senkung der Mehrwertsteuersätze im zweiten Halbjahr umfassten.

Anders als während der großen Rezession der Jahre 2008/2009 gaben im Rahmen der Coronakrise 2020 nicht nur die Investitionen und der Außenhandel massiv nach, sondern auch der Konsum. Die privaten Konsumausgaben sanken um 6,0 %, so deutlich wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Alleine der außerordentliche Rückgang dieser Ausgaben war rechnerisch für 3,2 Prozentpunkte des BIP-Einbruchs verantwortlich. Dämpfend auf den Privatkonsum wirkten zum einen die Maßnahmen zum Infektionsschutz, welche die Konsummöglichkeiten beispielsweise in der Gastronomie und im Tourismus zeitweise enorm einschränkten. Zudem mussten viele Verbraucher Einkommensverluste hinnehmen, etwa, weil sie von Kurzarbeit betroffen waren oder weil sie arbeitslos wurden. Ferner verdunkelten sich die Konjunktur- und Einkommenserwartungen, was ebenfalls die Ausgabenbereitschaft der Konsumenten einschneidend belastete. Die staatlichen Konsumausgaben legten hingegen zu und wirkten so stabilisierend. Der Staatskonsum wurde um 3,4 % ausgeweitet, befördert unter anderem durch zusätzliche Ausgaben für Krankenhäuser.

Vor dem Hintergrund der Coronakrise trübte sich das allgemeine Investitionsklima spürbar ein. Angesichts pandemiebedingt stark zunehmender Unsicherheiten und merklich unterausgelasteter Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe verminderte sich die Nachfrage nach Fahrzeugen, Maschinen und anderen Geräten erheblich. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken teilweise in ähnlich dramatischem Umfang wie im Verlauf der Rezession von 2008/2009. Auf Jahressicht gaben sie um massive 12,5 % nach. Demgegenüber blieb die Baukonjunktur vergleichsweise robust. Die Bauinvestitionen legten erneut zu, mit einer Jahresrate von 1,5 % aber schwächer als im Vorjahr (+ 3,8 %). Treibende Kraft blieb der Wohnungsbau, der nach wie vor durch den hohen Wohnraumbedarf in den Ballungszentren und die sehr günstigen Finanzierungsbedingungen befördert wurde.

Das außenwirtschaftliche Umfeld der deutschen Wirtschaft verschlechterte sich weiter. Der Welthandel, der sich bereits in den Vorjahren im Fahrwasser eskalierender Handelskonflikte und geopolitischer Spannungen deutlich abschwächte, wurde 2020 zusätzlich durch die Pandemiefolgen belastet.

Vor allem im zweiten Quartal kam es angesichts globaler Produktions- und Nachfrageausfälle sowie Lieferunterbrechungen zu drastischen Rückgängen im internationalen Warenhandel Deutschlands. Auch der Dienstleistungshandel wurde massiv beeinträchtigt, unter anderem wegen Beschränkungen bei Geschäftsreisen und beim Tourismus. Auf Jahressicht brachen die Exporte um 9,9%, die Importe um 8,6% ein. Insgesamt verminderte der grenzüberschreitende Handel das deutsche BIP rechnerisch um 1,1 Prozentpunkte.

Nach Überschüssen in den Vorjahren schloss der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo das Jahr 2020 mit einem Defizit von 158,2 Milliarden Euro ab, was in Relation zum Bruttoinlandsprodukt – 4,8% entsprach. Grund für das Defizit waren einerseits die rückläufigen Einnahmen. Unter anderem gaben wegen der vorgenommenen Senkungen der Mehrwertsteuersätze die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz erheblich nach. Andererseits legten die staatlichen Ausgaben kräftig zu, befördert vor allem durch die Coronahilfen des Bundes wie Kurzarbeitergeld für Privathaushalte und Finanzstützen für Unternehmen. Der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, der 2019 noch knapp unter die Maastricht-Obergrenze von 60% gesunken war, stieg auf rund 70%. Erste Angaben zur Staatsschuldenquote 2020 werden von der amtlichen Statistik voraussichtlich im April 2021 veröffentlicht.

Die Coronapandemie belastete den Arbeitsmarkt ebenfalls merklich. Der langjährige kontinuierliche Beschäftigungsaufbau kam zum Stillstand, wegen der Krisenfolgen aber auch wegen des zunehmenden demografischen Gegenwindes. Die Anzahl der Erwerbstätigen im Inland sank im Jahresdurchschnitt 2020 um 477 Tausend auf 44,8 Millionen Menschen. Demgegenüber nahm die Arbeitslosenzahl um 429 Tausend auf rund 2,7 Millionen Menschen zu. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich von 5,0% im Vorjahr auf 5,9%. Allerdings wäre die Arbeitslosigkeit noch deutlicher gestiegen, wenn die Unternehmen nicht vermehrt das Instrument der Kurzarbeit genutzt hätten. Im Frühjahr 2020 wurde zeitweise für eine Rekordzahl von knapp sechs Millionen Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt.

Im Zuge der Krise verminderte sich der Preisauftrieb spürbar. Die Inflationsrate, gemessen am amtlichen Verbraucherpreisindex, zeigte im Jahresverlauf einen Abwärtstrend. Sie sank zunächst von 1,7% im Januar auf knapp 1% während der Frühjahrsmonate. Hauptgrund hierfür waren die krisenbedingt vorübergehend niedrigeren Rohölnotierungen, deren dämpfende Wirkung auf die Inflationsrate nur wenig durch die krisenbedingt höheren Preissteigerungen bei anderen Gütern, etwa bei vielen Nahrungsmitteln, kompensiert wurde. Ab Juli setzte wegen der befristeten Mehrwertsteuersenkung ein weiterer sichtbarer Rückgang ein, der die Inflationsrate zum Jahresende auf – 0,3% drückte. Im Jahresdurchschnitt 2020 stiegen die Verbraucherpreise um 0,5% und damit deutlich schwächer als im Vorjahr (1,4%).

2. Entwicklung der Sparda-Bank Ostbayern eG

Bilanzsumme	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	3.011.722	2.848.995	+ 162.727	+ 5,7

Unsere Genossenschaft ist auch im Geschäftsjahr 2020 gewachsen. So ist die Bilanzsumme um 5,7 % (Vorjahr + 5,6 %) angestiegen.

Liquide Mittel	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Barreserve (Aktivposten 1)	18.613	24.588	- 5.975	- 24,3
Bankguthaben (Aktivposten 3)	338.770	227.916	+ 110.854	+ 48,6
Wertpapiere (Aktivposten 5 u. 6)	996.207	1.032.376	- 36.169	- 3,5

Im Laufe des Jahres war im kurzfristigen Laufzeitenbereich eine Seitwärtsbewegung der Zinsen zu verzeichnen. Im mittel- und langfristigen Laufzeitenbereich ist im Jahresverlauf ein weiterer Zinsrückgang eingetreten. Die Marktinzinsstrukturen bewegten sich weiterhin in einem breiten Laufzeitenbereich auf historisch niedrigem Niveau. Entsprechend unseres sog. „passiven Ansatzes“ bei der Steuerung unseres Zinsbuches wurden freie Mittel und Rückflüsse aus fälligen Bankguthaben und Wertpapieren in Schuldscheindarlehen, Namenspfandbriefen, variabel- und festverzinslichen Wertpapieren mit verschiedenen Laufzeiten und Assets angelegt. Im Rahmen der Asset Allocation haben wir im Berichtsjahr in Kooperation mit unserem Verbundpartner Union Investment den Spezialfonds (JIN-Fonds Nr. 771) um einen Betrag in Höhe von 48.261 TEUR aufgestockt. In dieser Summe ist ein Betrag in Höhe von 25.971 TEUR aus Publikumsfonds enthalten, die wir im Laufe des Jahres in den Spezialfonds eingebracht haben. Im Bereich der Publikumsfonds haben wir eine Anlage in Höhe von 4.402 TEUR und einen Verkauf in Höhe von 240 TEUR getätigt.

Im Berichtsjahr haben wir verschiedene Wertpapierleihgeschäfte in Form des Wertpapierdarlehens mit unserer Zentralbank durchgeführt. Zum Bilanzstichtag 31.12.2020 hatten wir noch 67 Wertpapiere mit einem Bilanzwert in Höhe von 393.371 TEUR als Wertpapierleihgeschäfte unter Aktivposten 5 (Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere) bilanziert.

Im Berichtsjahr kauften wir variabel- und festverzinsliche Wertpapiere mit einem Volumen von 180.022 TEUR hinzu. 243.333 TEUR flossen wegen Endfälligkeit bzw. Verkauf zurück. Der Buchbestand aller Wertpapiere ist um 36.169 TEUR auf 996.207 TEUR zurückgegangen. Durch die Endfälligkeiten und Verkäufe von Wertpapieren und Fonds waren realisierte Kursgewinne in Höhe von 1.719 TEUR und realisierte Kursverluste in Höhe von 431 TEUR zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr haben wir Wertpapiere mit einem Volumen in Höhe von 203.159 TEUR von der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen umgewidmet. Abschreibungen wurden hierdurch nicht vermieden.

Alle Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Forderungen an Kunden	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Forderungen bis einschließlich 5 Jahre* (in Aktivposten 4 enthalten)	27.776	39.578	- 11.802	- 29,8
Langfristige Forderungen über 5 Jahre* (in Aktivposten 4 enthalten)	1.604.702	1.498.682	+ 106.020	+ 7,1
Gesamtforderungen	1.632.478	1.538.260	+ 94.218	+ 6,1
Eventualverbindlichkeiten (Vermerkposten 1.b) unter dem Strich, Bürgschaften und Garantien)	870	2.155	- 1.285	- 59,6

* Gliederung nach Ursprungslaufzeiten

Das Kreditgeschäft entwickelte sich mehr als zufriedenstellend und lag über den prognostizierten Erwartungen. Insbesondere bei den langfristigen Forderungen konnten wir deshalb mit 106.020 TEUR bzw. 7,1 % wieder beachtliche Zuwachsraten verzeichnen.

Insgesamt sind die Forderungen an Kunden um 94.218 TEUR oder 6,1 % auf 1.632.478 TEUR gestiegen (Vorjahr + 124.091 TEUR oder + 8,8 %). Die täglich fälligen Forderungen verringerten sich um 1.449 TEUR oder 12,0 % auf 10.671 TEUR. Die Baukredite und die Persönlichen Kredite bis einschließlich fünf Jahre verminderten sich um 10.353 TEUR oder 37,7 % auf 17.105 TEUR.

Bei den langfristigen Baukrediten nahmen die Ratenkredite um 92.709 TEUR oder 6,6 % auf 1.508.064 TEUR zu. Die langfristigen Nichtratenkredite sind um 13.311 TEUR oder 16,0 % auf 96.638 TEUR angestiegen.

Allen erkennbaren Risiken wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1)	116.755	101.506	+ 15.249	+ 15,0
Einlagen von Kunden				
Spareinlagen (Passivposten 2.a))	849.235	861.042	- 11.807	- 1,4
Täglich fällige Einlagen (Passivposten 2.ba))	1.822.762	1.671.474	+ 151.288	+ 9,1
Befristete Einlagen (Passivposten 2.bb))	8.266	13.335	- 5.069	- 38,0
Gesamteinlagen	2.680.263	2.545.851	+ 134.412	+ 5,3

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind um 15.249 TEUR bzw. 15,0 % angestiegen. Diese Erhöhung betrifft die Passivposition zu Förderkrediten.

Insgesamt erhöhten sich die Kundeneinlagen um 134.412 TEUR oder 5,3 % auf 2.680.263 TEUR (Vorjahr + 139.401 oder + 5,8 %).

Die Spareinlagen sind um 11.807 TEUR oder 1,4 % auf 849.235 TEUR zurückgegangen.

Die befristeten Einlagen verminderten sich um 5.069 TEUR oder 38,0 % auf 8.266 TEUR.

Die Entwicklung der letzten Jahre in Bezug auf die Sichteinlagen setzte sich auch im Geschäftsjahr fort. Es war wieder eine starke Erhöhung der Sichteinlagen (Giro- und Tagesgeldanlagen) zu verzeichnen. Die täglich fälligen Einlagen sind um 151.288 TEUR oder 9,1 % (Vorjahr + 136.151 TEUR oder + 8,9 %) auf 1.822.762 TEUR angestiegen.

Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr

Investitionen

Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 170 TEUR; in die Betriebs- und Geschäftsausstattung inkl. Software wurden 99 TEUR investiert, die restlichen Investitionen betreffen Gebäude bzw. Mietereinbauten mit 71 TEUR. Ferner wurden Erhaltungs- und Renovierungsarbeiten in Höhe von 562 TEUR durchgeführt.

Personal- und Sozialbereich

Die Zahl der Beschäftigten betrug zum Jahresende 218 Mitarbeiter und ist im Vergleich zum Vorjahr um eine Person zurückgegangen. Neben 130 Vollzeitkräften waren 81 Teilzeitkräfte und sieben Auszubildende in der Sparda-Bank Ostbayern eG beschäftigt. Um den erhöhten Anforderungen im Bankgeschäft gerecht zu werden, wurde von externen Fortbildungsmaßnahmen Gebrauch gemacht. Darüber hinaus führten wir regelmäßig interne Schulungsmaßnahmen durch. Dabei wurden auch die Unternehmenskultur und Arbeitgeberattraktivität mit diversen Maßnahmen (Stärken-Workshops, Kulturprojekt uvm.) gefördert.

Baumaßnahmen

Die großen Baumaßnahmen konnten in unserem Hause in den letzten Jahren abgeschlossen werden. Im Jahr 2020 wurden lediglich verschiedene kleinere Renovierungsmaßnahmen in der Zentrale und einigen Filialen durchgeführt.

IT-Strategie

Die im Vorjahr begonnene strategische IT-Neuaufstellung ist weiter vorangetrieben worden. Wir sehen zusammen mit sechs weiteren Sparda-Banken und der Sopra Financial Technology, Nürnberg, einen herausfordernden aber auch erfolgversprechenden Weg, um nicht nur jetzt sondern auch in Zukunft eine leistungsfähige IT zu haben. Dies ermöglicht, dass wir auch die notwendigen eigenen geschäftspolitischen Impulse setzen können. Es erfolgten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Transition und Transformation des IT-Dienstleisters Sopra Financial Technology, Nürnberg, zur Vorbereitung einer Systemmigration.

CORONA-Pandemie

Das Geschäftsjahr war stark durch die im Frühjahr aufgetretene CORONA-Pandemie geprägt. Wir waren gefordert, mit neuen und teilweise drastisch anmutenden Maßnahmen der exponentiellen Ausbreitung des Virus entgegen zu wirken, um die Gesundheitssysteme nicht zu überlasten und das Leben und die Gesundheit unserer Kunden und Mitarbeiter zu schützen. Zur Einleitung von Gegenmaßnahmen wurden im Zuge der Pandemie ein Krisenstab und eine CORONA-Koordinationsgruppe gebildet. Es ist ein umfassendes Hygiene-Konzept für Kunden und Mitarbeiter erarbeitet worden. Ferner haben wir für Mitarbeiter und Führungskräfte mobile Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt und Homeoffice-Arbeitsplätze neu geschaffen und angeboten. In den beiden Wellen des Lockdowns haben wir als Vorsichtsmaßnahme zeitweise unsere Filialen geschlossen und die Kundenberatung und -betreuung auf telefonische und mediale Kontaktwege umgestellt.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der CORONA-Pandemie sind laufend durch unser Risikocontrolling analysiert und bewertet worden.

Meldewesen

Die Meldefähigkeit zu den einzelnen Meldungen konnte zu den jeweiligen Terminen gewährleistet werden. Im Laufe des Jahres erfolgten weitere Anpassungen (z. B. COVID-19-Meldewesen) aufgrund rechtlicher Vorgaben und technischer Standards, die von der EBA veröffentlicht wurden.

II. Darstellung der Lage der Bank

1. Ertragslage

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss (einschließlich GuV Posten 3)	30.922	30.754	+ 168	+ 0,5
Provisionsüberschuss	11.364	8.745	+ 2.619	+ 29,9
Nettoertrag/-aufwand aus Finanzgeschäften	0	0	0	0,0
Übrige Erträge	453	755	- 302	- 40,0
Personalaufwand	15.138	13.096	+ 2.042	+ 15,6
Sachaufwand	15.541	15.618	- 77	- 0,5
Abschreibung auf Sachanlagen	1.139	1.235	- 96	- 7,8
Bewertungsergebnis	- 751	- 1.536	+ 785	+ 51,1
Steueraufwand	3.705	2.126	+ 1.579	+ 74,3
Übrige Aufwendungen	4.381	4.490	- 109	- 2,4
Jahresüberschuss	2.084	2.153	- 69	- 3,2

Der Zinsüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5% bzw. 168 TEUR angestiegen. Zwar ergaben sich durch ablaufende Zinsbindungen und Wiederanlage auf niedrigerem Niveau sowohl auf der Aktiv- als auch der Passivseite der Bilanz deutliche Belastungen des Zinsergebnisses, da sich die Effekte der Aktivseite stärker ausgewirkt haben.

Der Aufwand für die vorzeitige Auflösung von derivativen Geschäften im Rahmen der passiven Zinsbuchsteuerung ist gegenüber dem Vorjahr dagegen deutlich zurückgegangen.

Der Provisionsüberschuss konnte auf dem hohen Vorjahresniveau trotz der schwierigen Marktlage weiter ausgebaut werden und ist um 2.619 TEUR bzw. 29,9% auf 11.364 TEUR angestiegen. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Einführung von Kontoführungsgebühren sowie aus höheren Erträgen im Vermittlungsgeschäft von Investmentfonds und aus der Wertpapierleihe.

Die übrigen Erträge haben gegenüber dem Vorjahr um 40,0% bzw. 302 TEUR abgenommen. Grund hierfür waren periodenfremde Rückerstattungen von Sachaufwendungen aus dem IT-Bereich im Vorjahr.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 15,6% bzw. 2.042 TEUR angestiegen. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus höheren Zuführungen zu Pensionsrückstellungen wegen Anpassungen in der Bewertung. Ferner sind auch die Zuführungen zu Jubiläumsrückstellungen und Altersteilzeitrückstellungen leicht angestiegen. Der Personalaufwand in Form von Löhnen und Gehältern und Sozialabgaben ist ebenfalls leicht angestiegen.

Der Sachaufwand ist um 0,5% bzw. 77 TEUR leicht gesunken. Höheren Aufwendungen für IT/EDV standen Einsparungen bei den Positionen Porto-, Beratungs-, Bewirtungs- und sonstige Aufwendungen gegenüber.

Die Kosten für Abschreibungen auf Sachanlagen sind zurückgegangen.

Der Bewertungsaufwand ist um 785 TEUR ggü. dem Vorjahr zurückgegangen. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus niedrigeren Kurswertabschreibungen und höheren Zuschreibungen sowie Kursgewinnen aus dem Verkauf und der Einlösung von Anleihen und Schuldverschreibungen. Die Risikokosten im Kundenkreditgeschäft bewegen sich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau.

Die Cost-Income-Ratio liegt bei 75,2% (Vorjahr: 75,8%).

In den übrigen Aufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen aus den Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken und a. o. Aufwendungen im Zuge der Neuaufstellung der Rechenzentrumsleistungen enthalten.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag (GuV 23) sind gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

Es wurde ein zufriedenstellender Jahresüberschuss erzielt, der es gestattet, die Rücklagen adäquat zu stärken und unseren Mitgliedern eine angemessene Dividende zu zahlen.

2. Finanz- und Liquiditätslage

Liquidität

Die Zahlungsfähigkeit der Bank war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben. Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen über die Liquidität der Kreditinstitute wurden zu jeder Zeit eingehalten.

Bei Bedarf stehen ausreichende Refinanzierungsmöglichkeiten des genossenschaftlichen Verbundes sowie der EZB jederzeit zur Verfügung. Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist auch in den kommenden Jahren nicht zu rechnen.



Verpflichtung aus dem Garantieverbund

Unsere Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantiefonds und Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Damit ist aus dem Garantieverbund die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zur Höhe von 3.984 TEUR verbunden.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

3. Vermögenslage

Eigenkapital	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Gezeichnetes Kapital (Passivposten 12 a))	11.275	7.075	+ 4.200	+ 59,4
Rücklagen	116.079	113.926	+ 2.153	+ 1,9
Bilanzgewinn (nach Abzug der Dividende)	1.950	2.054	- 104	- 5,1
	129.304	123.055	+ 6.249	+ 5,1

Das Eigenkapital beträgt 4,3% der Bilanzsumme. Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Sie entspricht den Anforderungen und erlaubt darüber hinaus ein stetiges Geschäftswachstum in den nächsten Jahren. Durch Gewinnthesaurierung und Zuwächse bei den Geschäftsguthaben unserer Mitglieder konnte das Eigenkapital weiter gestärkt werden. Die Bank verfügt über eine geordnete Vermögenslage und eine solide Eigenkapitalausstattung.

Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG (Quotient aus Nettogewinn und Bilanzsumme) beläuft sich für das zurückliegende Geschäftsjahr auf 0,2%.

Derivategeschäfte

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Als derivative Finanzinstrumente werden Zinsswaps im Rahmen der passiven Benchmarksteuerung des Zinsbuches eingesetzt, insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos. Der Umfang unserer Derivategeschäfte ist im Anhang des Jahresabschlusses dargestellt. Die Geschäfte wurden mit unserer Zentralbank abgeschlossen.

4. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Unsere Wachstumsziele konnten im Berichtsjahr im Wesentlichen erreicht bzw. übererfüllt werden. Die Ertragslage des Geschäftsjahres 2020 war zufriedenstellend. Durch eine solide Eigenkapitalausstattung wurden die Mindestanforderungen der Kapitaladäquanzrichtlinie (Capital Requirement Directive, CRD IV) und der dazugehörigen Verordnung (Capital Requirement Regulation, CRR) übererfüllt. Die Finanz- und Liquiditätslage bewegte sich stets in geordneten Bahnen.

III. Risiken der künftigen Entwicklung (Risikobericht)

Allgemeines

Wir verfügen über angemessene Risikomanagement- und Controllingssysteme. Diese sind darauf ausgerichtet, die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise zu steuern. In Anlehnung an die „Mindestanforderungen an das Risikomanagement“ werden nachfolgende Risiken als wesentlich identifiziert: Marktpreisrisiko, Adressenrisiko, Liquiditätsrisiko und Operationelles Risiko. Über die Risikoinventur erfolgt eine regelmäßige Identifizierung und Einschätzung der Risikoarten.

Die Risikostrategie formuliert Grundsätze der Sparda-Bank Ostbayern eG zum Umgang mit Risiken und setzt so die Rahmenbedingungen für den Aufbau eines konsistenten Risikomanagement- und Controllingsystems. Das Risikomanagement umfasst alle Maßnahmen, Verfahren und Prozesse, welche die Steuerung und Überwachung der sich aus der Geschäftstätigkeit der Sparda-Bank Ostbayern eG ergebenden wesentlichen Risiken sicherstellen bzw. diese begrenzen.

Zentrales Ziel unserer Risiko- und Geschäftspolitik ist die Sicherstellung der nachhaltigen Entwicklung und langfristigen Existenzsicherung unserer Genossenschaft. Hierfür ist nach unserem Verständnis eine solide Eigenkapitalbasis unverzichtbar. Mit dem von uns angestrebten Betriebsergebnis soll die Stärkung des Eigenkapitals auch zukünftig sichergestellt werden.

Risikotragfähigkeit

Durch die regelmäßige periodenorientierte Risikotragfähigkeitsrechnung wird gewährleistet, dass alle wesentlichen Risiken durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung wird eine Unternehmensfortführung unterstellt (Going-Concern-Ansatz).

Alle wesentlichen Risiken werden durch ein eigenes Limitsystem begrenzt. Das Gesamtbanklimit sowie die daraus resultierenden Teillimite werden regelmäßig überwacht.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko ist die Gefahr, dass das tatsächliche Ergebnis aufgrund unerwarteter Änderungen von Marktpreisen (z. B. Zinsen) vom geplanten Ergebnis abweicht. Bei den Marktpreisrisiken nimmt das Zinsänderungsrisiko traditionell den größten Raum ein.

Die Steuerung der Zinsänderungsrisiken erfolgt im Rahmen eines wertorientierten Steuerungskreises – es erfolgt hierbei eine Ausrichtung an einer fest definierten Benchmark (sog. passive Steuerung). Ausschließlich zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswap-Geschäften zu Sicherungszwecken eingesetzt.

Neben der wertorientierten Betrachtung werden auch GuV-Simulationen durchgeführt. Diese beinhalten die Darstellung des Zinsspannenrisikos und des bilanziellen Marktwerttrisikos (Bewertungsrisiko Eigenanlagen). Bei der Zinsspanne erwarten wir aufgrund des Marktumfeldes weiterhin eine rückläufige Entwicklung in den nächsten Jahren. Ein Anstieg des Zinsniveaus würde zu einer geänderten Bewertung (Abschreibung) der Eigenanlagen führen. Dies kann jedoch aufgrund der erwarteten Ergebnisse und der guten Eigenkapitalausstattung getragen werden.

Nach unseren derzeitigen Erkenntnissen halten sich die Zinsänderungsrisiken im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und unserer bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Währungsrisiken sind nicht vorhanden.

Adressenrisiko

Das Adressenrisiko ist die Gefahr, dass Verluste aufgrund eines Ausfalls oder einer Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern das erwartete Maß übersteigen.

Die Vergabe von Krediten geht mit den erforderlichen Bonitätsprüfungen einher. Ein großer Teil der Kredite ist mit Grundpfandrechten abgesichert. Wir beschränken unsere Kreditvergabe auf das Privatkundengeschäft, im Wesentlichen in der Region Ostbayern. Daher weist das Kreditportfolio eine hohe Granularität auf. Die Struktur des Kundenkreditportfolios wird regelmäßig überwacht.

Nach unseren derzeitigen Erkenntnissen sind in unserem Kreditbestand keine wesentlichen Risiken vorhanden, für die nicht bereits am letzten Bilanzstichtag Wertkorrekturen vorgenommen wurden. Für das laufende Geschäftsjahr wird sich voraussichtlich keine wesentliche Veränderung unserer Risikovorsorge ergeben.

Adressenrisiken in unseren Wertpapieranlagen begegnen wir grundsätzlich dadurch, dass wir nur Papiere aus dem Ratingbereich „Investment Grade“ kaufen und unsere Eigenanlagen stark diversifizieren. Weiterhin handelt es sich bei den eigenen Wertpapieranlagen zu einem großen Teil um gedeckte Wertpapiere (Pfandbriefe, Covered Bonds). Für die Eigenanlagen besteht ein detailliertes System aus Limiten (Emittenten-, Länder- und Strukturlimite), welches regelmäßig überwacht wird.

Ein größeres Adressenausfallrisiko erwarten wir auch für unsere Eigenanlagen nicht.

Aufsichtsrechtlich werden die Ausfallrisiken bereits durch die Kreditvorschriften des Kreditwesengesetzes und der Kapitaladäquanzrichtlinie CRD IV in Verbindung mit der Verordnung CRR (KSA-Ansatz) begrenzt, die von uns stets eingehalten werden.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht in der Gefahr, dass die jederzeitige Zahlungsfähigkeit nicht gegeben ist, weil die benötigten Finanzmittel nicht zur Verfügung stehen.

Es erfolgen regelmäßig Analysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos. Durch die Verwendung von Frühwarnindikatoren können sich abzeichnende Liquiditätsengpässe frühzeitig erkannt werden. Dem Liquiditätsrisiko begegnen wir durch eine Liquiditätsvorsorge und einer entsprechenden Strukturierung der Aktiva und Passiva. Bedingt durch die Struktur der Passiva bestehen Abruftrisiken. Diesen Risiken begegnen wir mit einem ausreichenden Liquiditätspuffer in Form der Eigenanlagen.

Durch die Zugehörigkeit zum genossenschaftlichen Finanzverbund bestehen jederzeit ausreichende und diversifizierte Refinanzierungsmöglichkeiten.

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der Liquidität erfüllen wir deutlich.

Operationelles Risiko

Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten.

Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu erfassen und so weit wie möglich zu begrenzen. Interne operationelle Risiken begrenzen wir durch Arbeitsanweisungen, Funktionstrennungen und eingeschränkte EDV-Zugriffsrechte. Zur Beurteilung komplexer rechtlicher Fragen bedienen wir uns externer Dritter. Das Beschwerdemanagement ist zentral organisiert.

Gesamtbild der Risikolage

Insgesamt verfügen wir über ein angemessenes und wirksames Risikomanagement. Unser umfassender Steuerungsansatz erlaubt sowohl die frühzeitige Identifizierung von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage haben können, als auch die frühzeitige Einleitung von Gegenmaßnahmen. Die genutzten Verfahren zur Messung der Risiken werden der Art und dem Umfang des Geschäftsbetriebs gerecht und gewährleisten eine konsistente Ermittlung und Darstellung der Risiken.

Aus den Anforderungen nach Basel III und der Unterlegung von Marktpreisrisiken in Säule 1 (SREP) ergeben sich erhöhte Eigenmittelanforderungen. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen ist die Risikotragfähigkeit nach derzeitigem Planungsstand auch in den Folgejahren angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögenssituation gegeben.

Im abgelaufenen Jahr 2020 haben der Ausbruch und die Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 inzwischen zu weltweiten Auswirkungen geführt. Dazu zählen auch wirtschaftliche Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitgeber in der Region. Im Berichtszeitraum haben wir die Corona-Situation laufend beobachtet. Ferner analysieren wir Risikofaktoren bzw. -treiber auf eine etwaige Beeinflussung durch das Coronavirus. Die finanziellen Auswirkungen des Coronavirus für unser Haus sind derzeit noch überschaubar, sodass eine geänderte Risikobeurteilung noch nicht erforderlich ist. Möglichen operationellen Risiken, insbesondere durch Ausfall wesentlicher Teile des alltäglichen Bankgeschäftes aufgrund Quarantäne mehrerer und/oder leitender Mitarbeiter/-innen, begegnen wir durch Bereitstellung von mobilen Arbeitsplätzen, Homeoffice-Angeboten und einem umfassenden Hygiene-Konzept für die Mitarbeiter und Kunden.

Die weitere Entwicklung wird durch unser Risikomanagement intensiv beobachtet.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit im Berichtszeitraum 2021 angesichts der laufenden Ertragskraft und der Vermögens-Substanzsituation der Sparda-Bank gegeben.

IV. Voraussichtliche Entwicklung der Genossenschaft mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die COVID-19-Pandemie hat das Geschäftsjahr 2020 in seinem Verlauf geprägt und hat uns nach wie vor fest im Griff. Nach dem ersten Lockdown im Frühjahr und den Erleichterungen im Sommer stecken wir nunmehr in der zweiten Welle der Pandemie fest und müssen wieder mit weitreichenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens umgehen. Dies wird auch Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der Sparda-Bank haben.

Wir erwarten in den nächsten Jahren einen unverändert harten Wettbewerb im Kundengeschäft.

Für die Geschäftsjahre 2021 und 2022 erwarten wir trotzdem wieder einen Zuwachs in etwa auf Vorjahresniveau im Kundengeschäft entsprechend unserer Zielplanung.

Ferner rechnen wir unter Berücksichtigung unserer Anlagenstruktur und der erwarteten Zinsentwicklung mit moderaten Belastungen aus den Wertpapieranlagen.

Wegen der guten Vermögenslage und unserer regionalen Marktkenntnisse gehen wir davon aus, auch zukünftige Ertragschancen nutzen zu können. Die konsequente Vertriebsausrichtung sowie die permanente Qualifizierung des Mitarbeiterstammes bilden dabei weiterhin den geschäftlichen Schwerpunkt unseres Hauses.

Wesentliche Chancen für die Ertragslage und den Geschäftsverlauf sehen wir in den Jahren 2021 und 2022, für den Fall, dass die Nachfrage im Kundenkreditgeschäft und Vermittlungsgeschäft deutlich stärker als erwartet zunimmt.

Beim Zinsüberschuss erwarten wir in den nächsten Jahren aufgrund des derzeitigen Niedrigzinsniveaus deutlich rückläufige Erträge. Bei einem schnellen Anstieg des Zinsniveaus ist mit einer höheren Abschreibung bei den Eigenanlagen zu rechnen. Diese kann jedoch aufgrund der erwarteten Ergebnisse und der guten Eigenkapitalausstattung getragen werden.

Bei den Sach- und Personalaufwendungen erwarten wir in den nächsten Jahren einen weiteren Anstieg. Aus der gemeinsamen Transformation der IT mit den beteiligten Sparda-Banken und den Investitionen in die Digitalisierung rechnen wir in den nächsten Jahren mit deutlichen Kostenbelastungen.

Neben der prognostizierten Entwicklung der Aufwendungen für Löhne und Gehälter investieren wir weiter in die Qualifikation unserer Mitarbeiter, auch aufgrund steigender regulatorischer Anforderungen.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist wegen einer den aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechenden Liquiditätsvorsorge auch in den Jahren 2021 und 2022 nicht zu rechnen.

Nach unseren Planungsrechnungen erwarten wir – trotz prognostizierter rückläufiger Ergebnisbeiträge – weitere Zuführungen zum Eigenkapital durch die voraussichtliche künftige Dotierung unserer Rücklagen und des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB, die jedoch niedriger als in den Vorjahren ausfallen werden. Ferner erwarten wir eine jederzeitige Einhaltung der Anforderungen an die Eigenkapitalvorschriften der Kreditinstitute in den nächsten Jahren.

Wesentliche Risiken bestehen im kommenden Jahr bei einer deutlich schlechteren Konjunktorentwicklung als prognostiziert. Insbesondere die Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 wird weiterhin negative Auswirkungen auf die weltweite gesamtwirtschaftliche Entwicklung und auf Unternehmen in der Region haben. In Folge dessen ist nicht auszuschließen, dass sich durch Kurskorrekturen an den Wertpapiermärkten auch Ertragseinbußen im Provisionsergebnis, Kundengeschäft und bei den laufenden Erträgen im Eigengeschäft ergeben. Dies kann dazu führen, dass sich die Annahmen, die unserer Prognoseberechnung zugrunde liegen, nicht als zutreffend erweisen. Außerdem würde eine weitere Verflachung der Zinsstrukturkurve ausgelöst durch zusätzliche geldpolitische Stützungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank geringere Zinseinnahmen aus der Fristentransformation nach sich ziehen.

Die weitere Entwicklung bleibt ungewiss und muss intensiv beobachtet werden. In welchem Umfang sich die Auswirkungen des Coronavirus SARS-CoV-2 explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Bank niederschlagen werden, ist zum Bilanzstichtag nur schwer abzuschätzen.

Mit Sicherheit lässt sich jedoch bereits jetzt festhalten, dass die negativen Folgen für die Wirtschaftsleistung der Sparda-Bank umso stärker sind, je länger die Pandemie anhält.

Bei einer abschätzbaren Entwicklung der Geld- und Kapitalmärkte (Niedrig-/Negativzinsumfeld) ist in den nächsten Jahren mit weiteren Belastungen der operativen Ertragslage zu rechnen.

Regensburg, den 20. Januar 2021

Der Vorstand

gez. Gruber

gez. Lechner

gez. Dollinger

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und fasste die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse. Dies beinhaltete auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrats in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Risikolage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in engem Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand. An den Fortbildungsmaßnahmen des Verbandes der Sparda-Banken e. V. haben die Aufsichtsratsmitglieder regelmäßig teilgenommen.

Im Jahr 2020 hat der Aufsichtsrat neben den Sitzungen in den Ausschüssen weitere zehn Sitzungen im Gesamtaufsichtsrat abgehalten. Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat bildeten das wirtschaftliche Umfeld, die strategische Neuausrichtung der IT, die geschäftliche Entwicklung, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikosituation sowie die regulatorischen Anforderungen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte unverändert einen Prüfungsausschuss, einen Kreditausschuss, einen Personalausschuss und einen Risikoausschuss eingerichtet. Die Ausschüsse berichten über ihre Tätigkeit regelmäßig in den Sitzungen des Gesamtaufsichtsrats. Kreditausschuss und Personalausschuss haben Entscheidungsfunktion.

Der vorliegende Jahresabschluss 2020 mit Lagebericht wurde vom Verband der Sparda-Banken e. V., Frankfurt am Main, geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Ergebnisverwendung geprüft und für in Ordnung befunden. Der Vorschlag für die Ergebnisverwendung entspricht den Vorschriften der Satzung.

Der Aufsichtsrat hat gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in seiner Sitzung am 31.03.2021 den Jahresabschluss zum 31.12.2020 festgestellt.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, die vom Vorstand vorgeschlagene Ergebnisverwendung zu beschließen.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und den Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Regensburg, den 31. März 2021

gez. Pell
(Vorsitzender des Aufsichtsrats)

1. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2020

Aktivseite	Geschäftsjahr			Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			16.628.848,34		19.445
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			1.984.518,51		5.143
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.984.518,51				(5.143)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			–	18.613.366,85	–
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			–		–
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	–				(–)
b) Wechsel			–	–	–
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			291.252.693,58		206.294
b) andere Forderungen			47.517.358,46	338.770.052,04	21.622
4. Forderungen an Kunden				1.632.478.147,32	1.538.260
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.281.366.513,03				(1.194.343)
Kommunalkredite	–				(10.002)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			–		–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
ab) von anderen Emittenten			–	–	–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–				(–)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		171.416.109,92			118.339
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	171.416.109,92				(118.339)
bb) von anderen Emittenten		646.292.862,83	817.708.972,75		761.805
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	549.608.131,91				(594.562)
c) eigene Schuldverschreibungen			–	817.708.972,75	–
Nennbetrag	–				(–)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				178.498.254,12	152.231
6.a Handelsbestand				–	–
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			8.128.210,84		8.269
darunter:					
an Kreditinstituten			–		(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten			–		(–)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			6.312,00	8.134.522,84	6
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	52,00				(–)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	–				(–)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				–	–
darunter:					
an Kreditinstituten			–		(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten			–		(–)
9. Treuhandvermögen				236,10	1
darunter: Treuhandkredite	236,10				(1)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				–	–
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			–		–
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			322.689,24		340
c) Geschäfts- oder Firmenwert			–		–
d) Geleistete Anzahlungen			–	322.689,24	–
12. Sachanlagen				15.308.335,86	16.263
13. Sonstige Vermögensgegenstände				850.561,49	880
14. Rechnungsabgrenzungsposten				1.036.770,92	97
15. Aktive latente Steuern				–	–
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung				–	–
17. ...				–	–
Summe der Aktiva				3.011.721.909,53	2.848.995

Passivseite				Geschäftsjahr	Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			516.797,24		644
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			116.238.438,64	116.755.235,88	100.863
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		849.234.807,19			861.042
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		–	849.234.807,19		–
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		1.822.762.182,13			1.671.474
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		8.265.647,45	1.831.027.829,58	2.680.262.636,77	13.334
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen				–	–
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten				–	–
darunter:					
Geldmarktpapiere	–				(–)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	–				(–)
3.a Handelsbestand				–	–
4. Treuhandverbindlichkeiten				236,10	1
darunter: Treuhandkredite	236,10				(1)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				652.030,41	548
6. Rechnungsabgrenzungsposten				123.800,15	148
6.a Passive latente Steuern				–	–
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			19.378.842,55		17.361
b) Steuerrückstellungen			770.587,91		–
c) andere Rückstellungen			8.041.594,40	28.191.024,86	7.126
8. ...				–	–
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				–	–
10. Genusssrechtskapital				–	–
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	–				(–)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				56.300.000,00	53.300
darunter: Sonderposten n. § 340e Abs. 4 HGB	–				(–)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			11.274.813,06		7.075
b) Kapitalrücklage			–		–
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		91.078.577,08			88.926
cb) andere Ergebnisrücklagen		25.000.000,00			25.000
cc)		–	116.078.577,08		–
d) Bilanzgewinn			2.083.555,22	129.436.945,36	2.153
Summe der Passiva				3.011.721.909,53	2.848.995

1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			870.118,00		2.155
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			–	870.118,00	–
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			–		–
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			104.111.515,33	104.111.515,33	121.604
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	–				(–)

2. Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr
				EUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		31.551.485,23			32.300
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		5.095.491,99	36.646.977,22		5.604
darunter:					
in a) und b) angefallene negative Zinsen	47.175,06				(262)
2. Zinsaufwendungen					
darunter:					
erhaltene negative Zinsen	82.881,83				(13)
3. Laufende Erträge aus					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			2.509.544,02		1.969
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			134.668,98		811
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			–	2.644.213,00	–
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				–	–
5. Provisionserträge			13.124.308,89		10.436
6. Provisionsaufwendungen			– 1.760.666,90	11.363.641,99	– 1.691
7. Nettoertrag des Handelsbestands				–	–
8. Sonstige betriebliche Erträge				452.885,21	755
9. ...				–	–
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		– 10.757.050,86			– 10.506
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		– 4.381.393,51	– 15.138.444,37		– 2.590
darunter: für Altersversorgung	– 2.422.385,93				(– 685)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			– 15.540.756,56	– 30.679.200,93	– 15.618
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				– 1.139.238,28	– 1.235
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				– 525.072,84	– 695
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen		– 518.290,35			(– 615)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			– 434.605,93		– 1.767
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			–	– 434.605,93	–
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			– 316.634,60		–
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			–	– 316.634,60	230
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				–	–
18. ...				–	–
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				9.643.533,43	8.074
20. Außerordentliche Erträge			–	–	–
21. Außerordentliche Aufwendungen			– 855.581,15	–	– 946
22. Außerordentliches Ergebnis			–	– 855.581,15	(– 946)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			– 3.672.607,30	–	– 2.092
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			– 31.789,76	– 3.704.397,06	– 33
24a. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				– 3.000.000,00	– 2.850
25. Jahresüberschuss				2.083.555,22	2.153
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				–	–
				2.083.555,22	2.153
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen					
a) aus der gesetzlichen Rücklage			–	–	–
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			–	–	–
				2.083.555,22	2.153
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen					
a) in die gesetzliche Rücklage			–	–	–
b) in andere Ergebnisrücklagen			–	–	–
				2.083.555,22	2.153
28a. ...				–	–
29. Bilanzgewinn				2.083.555,22	2.153

3. Anhang

A. Allgemeine Angaben

Die Sparda Bank Ostbayern eG, Regensburg, ist beim Amtsgericht Regensburg unter der Genossenschaftsregister-Nummer 578 eingetragen.

Der Jahresabschluss wurde nach den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den vorgeschriebenen Formblättern.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im Einzelnen folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Die einzelnen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Barreserve wurde mit dem Nennwert bilanziert. Die Forderungen an Kreditinstitute wurden mit dem Nennwert angesetzt.

Bei den Forderungen an Kunden wurden von den Nennwerten Wertberichtigungen für akute und latente Risiken im Kreditgeschäft abgesetzt. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren gebildeten Wertberichtigungen entfallen sind, wurden diese aufgelöst. Die Unterschiedsbeträge zwischen dem höheren Nennwert und dem Auszahlungsbetrag von Forderungen an Kunden wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig aufgelöst.

Sowohl die im Umlaufvermögen als auch die im Anlagevermögen zugeordneten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nichtfestverzinsliche Wertpapiere sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet worden. Soweit die Gründe für die in den Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen entfallen sind, wurde bei den Wertpapieren im Umlaufvermögen eine Zuschreibung bis zu den ursprünglichen Anschaffungskosten vorgenommen. Bei den Wertpapieren im Anlagevermögen wurde eine Zuschreibung bis zum Einlösungskurs bzw. den fortgeführten Anschaffungskosten vorgenommen.

Bei den im Anlagevermögen zugeordneten Wertpapieren wurden Anschaffungskosten über pari durch anteilige Abschreibungen des Agios an den niedrigeren Einlösungskurs angepasst.

Im Geschäftsjahr erfolgten bei den Schuldverschreibungen und anderen fest- und nichtfestverzinslichen Wertpapieren Umwidmungen von der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen.

Am Bilanzstichtag bestehende Wertpapierleihegeschäfte wurden unter Aktiva 5 bilanziert.

Die Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden mit den Anschaffungskosten abzüglich erforderlicher Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Die Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte wurden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden entsprechend den steuerlichen Vorschriften behandelt. In früheren Jahren zulässigerweise in die Handelsbilanz übernommene erhöhte Absetzungen für Abnutzung nach dem Steuerrecht wurden beibehalten.



Die sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten aktiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag einschließlich fälliger und anteiliger Zinsen angesetzt.

Bei Verbindlichkeiten aus abgezinnten Sparbriefen wurde der zum Bilanzstichtag abgezinste Wert eingestellt.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem modifizierten Teilwertverfahren berechnet. Hierbei wurden die Richttafeln von Heubeck (Richttafeln 2018G) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltstrend wurden – soweit erforderlich – 2,00% und als Rententrend 2,00% angenommen. Als Zinssatz wurde, bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (Vereinfachungsregel) mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 10 Jahre, auf Basis des von der Deutschen Bundesbank per September 2020 ermittelten Zinssatzes, eine Prognose des Zinssatzes per Dezember 2020 (2,31%) zu Grunde gelegt.

Im Vergleich zu einer Abzinsung mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 2.736.382 EUR.

Bei Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, haben wir die Verpflichtungen mit den ihnen zuzurechnenden Vermögensgegenständen verrechnet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten und der beizulegende Zeitwert der verrechneten Rückdeckungsversicherungen betragen 4.972 TEUR und wurden mit dem Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in gleicher Höhe saldiert. Der Erfüllungsbetrag der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen beträgt nach Verrechnung 19.379 TEUR.

Aufzinsungsaufwendungen für Pensionsverpflichtungen wurden mit korrespondierenden Erträgen (Deckungsvermögen: Wertsteigerungen, Zinsen, Dividenden) i. H. von 111 TEUR verrechnet.

Die anderen Rückstellungen entsprechen den zu erwartenden Ausgaben.

Die Finanzinstrumente des Zinsbuchs werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zinstragenden bilanziellen und außerbilanziellen Positionen des Bankbuchs nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 n. F. verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Überschuss die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2020 war keine Rückstellung zu bilden.

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernehmen wir regelmäßig Bürgschaften.

Dabei ist es für uns erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen nicht vertragsgemäß erfüllt. Der Umfang der übernommenen Verpflichtungen ist aus den Angaben unter dem Bilanzstrich ersichtlich.

Die dargestellten Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme, da die Mehrzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme ausläuft.

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen zum 31. Dezember 2020 in Höhe von 104.112 TEUR betreffen 100.705 TEUR Zusagen von Buchkrediten an Nichtbanken. Innerhalb zweier Spezialfonds bestehen Zusagen in Höhe von 3.407 TEUR aus Kapitalabrufen für Immobilienspezialfonds.

Wir gewähren unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen unserer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch uns widerrufen werden können.

Die Kreditzusagen werden mit dem Nominalbetrag gezeigt.

Die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen werden bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Die bis zum Bilanzstichtag aufgelaufenen Zinsansprüche und Zinsverpflichtungen aus Finanzswaps sind als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten bilanziert.

Eine Einzelbewertung wurde nicht vorgenommen, da die Zinsauschwehvereinbarungen zur Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos abgeschlossen wurden. Sie wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsbuchs einbezogen.

Negative Zinsen aus Aktivgeschäften werden im Zinsertrag erfasst (Reduktion des Zinsertrags). Negative Zinsen aus Passivgeschäften werden im Zinsaufwand erfasst (Reduktion des Zinsaufwands). Im Falle von Zinsswaps werden die Zahlungsströme je Swapvertrag verrechnet und der verbleibende Saldo vorzeichengerecht als Zinsertrag bzw. -aufwand ausgewiesen. Entsteht im Falle negativer Zinsen saldiert bzw. aufsummiert Zinsaufwand so wird dieser, andernfalls ein Zinsertrag ausgewiesen. Ein gesonderter Ausweis dieser negativen Zinsen wird nicht vorgenommen.

C. Entwicklung des Anlagevermögens

(volle Euro)

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten 01.01.	Zugänge	Umbuchungen (+/-)	a) Abgänge b) Zuschüsse	Anschaffungs-/ Herstellungskosten am Bilanzstichtag	Buchwerte am Bilanzstichtag	Buchwerte Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	670.983	37.669	-	a) 42.258 b) -	666.394	322.689	339.538
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	20.338.332	57.845	-	a) - b) -	20.396.177	11.897.209	12.248.792
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.850.971	74.678	-	a) 265.097 b) -	14.660.552	3.411.127	4.014.384
a	35.860.286	170.192	-	a) 307.355 b) -	35.723.123	15.631.025	16.602.714

	Abschreibungen (kumuliert) 01.01.	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Zugängen (ohne Abschreibungen Geschäftsjahr) (+)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Abgängen (-)	Änderung der kumulierten Abschreibungen aufgrund Umbuchungen (+/-)	Abschreibungen Geschäftsjahr	Zuschreibungen Geschäftsjahr	Abschreibungen (kumuliert) am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte	331.445	–	42.258	–	54.518	–	343.705
Sachanlagen							
a) Grundstücke und Gebäude	8.089.540	–	–	–	409.428	–	8.498.968
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.836.587	–	262.455	–	675.293	–	11.249.425
a	19.257.572	–	304.713	–	1.139.239	–	20.092.098

	Anschaffungs- kosten 01.01.	Veränderungen (saldiert)	Buchwerte am Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	3.994.880	202.913.688	206.908.568
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften	8.285.763	– 151.240	8.134.523
b	12.280.643	202.762.448	215.043.091
Summe a und b	48.140.929		230.674.116

D. Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- In den Forderungen an Kreditinstitute sind **325.947.501 EUR** Forderungen an die zuständige genossenschaftliche Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)) (ohne Bausparguthaben)	52.440	5.363.377	10.027.229	32.074.312
Forderungen an Kunden (A 4)	24.857.592	80.659.863	386.176.540	1.130.099.092

In den Forderungen an Kunden sind **10.685.060 EUR** Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Zinsabgrenzungen aus Kundenforderungen wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr **135.433.762 EUR** fällig.

- Wir halten Anteile an Sondervermögen (§ 1 Abs. 10 KAGB) sowie vergleichbaren EU-Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentvermögen von mehr als 10 % (Bilanzposten A6):

Anlageziele	Buchwert	Zeitwert	Differenzen (Zeitwert/Buchwert)	Erhaltene Ausschüttungen	Tägliche Rückgabe
	EUR	EUR	EUR	EUR	Ja/Nein
Asset Allocation	175.555.412	190.473.315	14.917.903	2.509.544	Nein

- Die Genossenschaft besitzt keine Beteiligungen an anderen Unternehmen, mit denen ein Konzernverhältnis besteht.

- Daneben besitzt die Genossenschaft folgende Beteiligungen an anderen Unternehmen, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschafts- kapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	EUR	Jahr	EUR
a) DZ-Beteiligungs-GmbH & Co. KG Baden-Württemberg, Stuttgart	0,10	2020	3.191.383.755	2020	- 216.481
b) COMECO GmbH & Co. KG, Stuttgart	3,79	2019	24.398.147	2019	- 31.419.518
c) SOPRA Financial Technology GmbH, Nürnberg	3,11	2019	22.940.000	2019	- 2.837.825

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
	EUR	EUR	EUR	EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	817.708.973	795.199.536	22.509.437	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	332.787	-	332.787	-

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen ausschließlich Treuhandkredite.

- In den Sachanlagen sind enthalten:

	EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	10.113.084
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.411.127

- Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Steuererstattungsansprüche	733.264

- Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind – **EUR** Agiobeträge auf Forderungen (Vorjahr: 20.066 EUR) enthalten.
- Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde.
Aktive Steuerlatenzen bestehen insbesondere in den Positionen Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Sonstige Vermögensgegenstände und Rückstellungen sowie im Fonds für allgemeine Bankrisiken, denen passive Steuerlatenzen insbesondere in der Position Beteiligungen gegenüberstehen.
- In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind **116.065.925 EUR** Verbindlichkeiten gegenüber der zuständigen genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.
- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b))	2.018.963	5.510.769	25.875.353	82.833.354
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2ab))	–	–	–	–
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb))	787.856	878.328	6.112.010	487.453

Zinsabgrenzungen aus Kundenverbindlichkeiten wurden aus Vereinfachungsgründen dem ersten Restlaufzeitenband zugeordnet.

Im Posten Sonstige Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt	298.473

■ Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von **106.213 EUR** (Vorjahr: 132.238 EUR) enthalten.

■ Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR	EUR
Geschäftsguthaben		
a) der verbleibenden Mitglieder		10.873.392
b) der ausscheidenden Mitglieder		358.209
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		43.212
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	328	

■ Die Ergebnisrücklagen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage	Andere Rücklagen
	EUR	EUR
Stand 1. Januar 2020	88.926.011	25.000.000
Einstellungen		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	2.152.566	–
Stand 31. Dezember 2020	91.078.577	25.000.000

■ Vorschlag für die Ergebnisverwendung:

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss (Bilanzgewinn) wie folgt zu verwenden:

	EUR
Ausschüttung einer Dividende auf Geschäftsguthaben von 1,500 %	133.140,13
Zuweisung zu den gesetzlichen Rücklagen	1.950.415,09
Zuweisung zu den anderen Ergebnisrücklagen	–
Insgesamt	2.083.555,22

■ Der aus der Neuregelung zur Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Betrag liegt bei **2.736.382 EUR**.

- Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte Termingeschäfte folgender Art:

Volumen der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivategeschäfte des Nichthandelsbestands

(Angaben in Mio. EUR)	Nominalbetrag Restlaufzeit				Beizulegender Zeitwert	Adressenrisiko
	<= 1 Jahr	> 1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Summe		
Zinsbezogene Geschäfte						
OTC-Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	45,5	101,5	218,0	365,0	- 20,3	23,7

Die Zinsswaps wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Als derivative Finanzinstrumente werden Zinsswaps im Rahmen der passiven Benchmarksteuerung des Zinsbuches eingesetzt, insbesondere zur Reduzierung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos.

- Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:
Posten unter dem Strich bzw. außerhalb der Bilanz: Derivate
Zur Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände: Verpfändung von bankeigenen Wertpapieren im Gesamtbetrag in Höhe von 23.598.883 EUR.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- In den Zinserträgen sind 47.175 EUR (Vorjahr: 262.058 EUR) negative Zinsen aus Einlagen bei der EZB und Guthaben bei der genossenschaftlichen Zentralbank DZ BANK AG enthalten (Reduktion des Zinsertrags). Ferner sind in den Zinsaufwendungen 82.882 EUR (Vorjahr: 13.358 EUR) positive Zinsen aus kurzfristigen Refinanzierungsgeschäften bei der DZ BANK AG und aus Kundeneinlagen enthalten (Reduktion des Zinsaufwands).
- In den Zinsaufwendungen sind 566.578 EUR für die vorzeitige Auflösung von Zinsswaps enthalten.
- Steuerrechtliche Abschreibungen wurden im Geschäftsjahr aus Vorjahren beibehalten.
- Im Zusammenhang mit der Transition und Transformation unseres IT Dienstleisters Sopra Financial Technology GmbH sind a. o. Aufwendungen zur Vorbereitung einer Systemmigration in Höhe von 855.581 EUR angefallen

E. Sonstige Angaben

- Im Bereich der aktiven Vorstände wurde auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands wurden Gesamtbezüge in Höhe von **727.149 EUR** gezahlt.
- Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen **222.291 EUR**.
- Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2020 Pensionsrückstellungen in Höhe von **11.103.049 EUR**.

- Am Bilanzstichtag betragen die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie die eingegangenen Haftungsverhältnisse für

	EUR
Mitglieder des Vorstands	1.341
Mitglieder des Aufsichtsrats	355.672

- Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten und nicht als Haftungsverhältnisse anzugeben, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Form von Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (Garantieverbund) in Höhe von **3.984.424 EUR**.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

- Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.
- Die Zahl der im Jahr 2020 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeit- beschäftigte	Teilzeit- beschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	131,00	83,25

Außerdem wurden durchschnittlich 7,00 Auszubildende beschäftigt.

- Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Zahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang 2020	115.816	133.186	6.925.672
Zugang 2020	2.611	83.644	–
Abgang 2020	5.565	7.720	6.925.672
Ende 2020	112.862	209.110	–

Durch Beschluss der Vertreterversammlung vom 25.06.2020 und Eintragung der Satzungsänderung zum 09.10.2020 wurde die bisherige Haftsumme pro Geschäftsanteil in Höhe von 52,00 Euro abgeschafft. Der Abgang bei der Haftsumme ist auf die Abschaffung der satzungsmäßigen Haftsumme zurückzuführen

	EUR
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um	3.948.074
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermindert um	6.925.672
Höhe des Geschäftsanteils	52 EUR
Höhe der Haftsumme	–

- Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres:
Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres (Nachtragsbericht) nicht eingetreten.

- Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbands:
Verband der Sparda Banken e. V.
Friedrich-Ebert-Anlage 35–37
60327 Frankfurt am Main

- Mitglieder des Vorstands:
Michael Gruber (Vorstandsvorsitzender), Geschäftsleiter
Johannes Lechner (stv. Vorstandsvorsitzender), Geschäftsleiter
Werner Dollinger, Geschäftsleiter

- Mitglieder des Aufsichtsrats:
Franz Pell (Vorsitzender), Betriebsratsvorsitzender
Harald Hammer (stv. Vorsitzender), Gewerkschaftssekretär
Petra Gangl, stv. Betriebsratsvorsitzende
Bernhard Gruber, Finanzwirt
Bernd Heinze, Pädagoge, Geschäftsführer
Rudolf Frank, Betriebsratsvorsitzender
Dr. Sabine Mühlbauer, Juristin
Franz Popp, stv. Betriebsratsvorsitzender
Elisabeth Wlaschitz, Gesamtbetriebsrätin

Regensburg, 20. Januar 2021
Sparda-Bank Ostbayern eG

Der Vorstand



Michael Gruber
Vorstandsvorsitzender



Johannes Lechner
Stv. Vorstandsvorsitzender



Werner Dollinger
Vorstand

Anlage zum Jahresabschluss

gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2020

(„Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Sparda-Bank Ostbayern eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparda-Bank Ostbayern eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparda-Bank Ostbayern eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2020 42.738 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten zum Jahresende beträgt 182 Mitarbeiter.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 8.788 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 3.673 TEUR und betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die Sparda-Bank Ostbayern eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Sparda-Bank Ostbayern eG, Regensburg

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Sparda-Bank Ostbayern eG (im Folgenden „Genossenschaft“) – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2020 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31.12.2020 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2020 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt „Bewertung der Kundenforderungen“ dar.

Unsere Darstellung des besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Bewertung der Kundenforderungen

- a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 1.632 Mio. EUR. Dies entspricht 54,2% der Bilanzsumme. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass Wertberichtigungsbedarf nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung nicht sachgerecht ermittelt wird. Daher ist die zutreffende Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von zentraler Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.
- b) Wir haben zunächst im Rahmen einer Aufbauprüfung untersucht, ob die Systeme bzw. Prozesse der Genossenschaft so ausgestaltet sind, dass eine gegebenenfalls erforderliche Risikovorsorge identifiziert und in ausreichendem Umfang gebildet werden kann. Im Rahmen einer Funktionsprüfung haben wir unter Berücksichtigung der eingerichteten Kontrollen anhand einer Stichprobe von Kundenforderungen untersucht, ob die tatsächliche Anwendung der organisatorischen Vorgaben der Genossenschaft den Soll-Vorgaben entspricht. Unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Aufbau- und Funktionsprüfung haben wir uns anhand einer risikoorientierten Auswahl von Kundenforderungen mittels Einzelfallprüfung von der Notwendigkeit und – soweit erforderlich – der Angemessenheit einer Risikovorsorge überzeugt.
- c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Kundenforderungen sind im Anhang im Abschnitt „Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden“ enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen

- die übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitere Querverweise auf externe Informationen – mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Genossenschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Sonstige separate Bestätigungsleistungen an die Bankenaufsicht,
- Sonstige separate Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung,
- Wertpapierdienstleistungsprüfung nach § 89 Abs. 1 Satz 1 WpHG,
- Nach § 319a Abs. 1 HGB bzw. Art. 5 EU-APrVO zulässige Steuerberatungsleistungen,
- Schulungs- und Seminarleistungen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Heiko Hunkel.

Frankfurt am Main, den 24. März 2021

Verband der Sparda-Banken e. V.

gez. Uwe Sterz
Wirtschaftsprüfer

gez. i.V. Heiko Hunkel
Wirtschaftsprüfer

Tagesordnung der Vertreterversammlung 2020

1	Eröffnung und Begrüßung
2	Bericht des Vorstandes
3	Bericht des Aufsichtsrates
4	Bericht über das Ergebnis der gesetzlichen Prüfung und Erklärung des Aufsichtsrates hierzu
5	Beratung über den Prüfungsbericht und Beschlussfassung über den Umfang der Bekanntgabe des Prüfungsberichts
6	Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresüberschusses
7	Beschlussfassung über die Entlastung a) der Mitglieder des Vorstands b) der Mitglieder des Aufsichtsrats
8	Turnusmäßige Wahlen zum Aufsichtsrat
9	Änderung der Satzung
10	Anträge
11	Verschiedenes

TOP 01 Eröffnung und Begrüßung

Herr Franz Pell, Aufsichtsratsvorsitzender der Sparda-Bank Ostbayern eG, begrüßt Sie im zugehörigen Videobeitrag herzlich zur AG



TOP 03 Bericht des Aufsichtsrates über seine Tätigkeit

Herr Harald Hammer, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Sparda-Bank Ostbayern eG, gibt im Video den Bericht des Aufsichtsrates über die nachfolgenden Link abrufen.

TOP 3 - Bericht des Aufsichtsrates



TOP 06 Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresüberschusses

Herr Michael Gruber, Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Ostbayern eG, erklärt im Video die Hintergründe zu den Themen 'Fe' und 'Verwendung des Jahresüberschusses'.

Wir bitten Sie, dem Beschlussvorschlag im Rahmen der Beschlussfassung am 25.06.2020 von 06:00 Uhr bis 17:00 Uhr zuzustimmen.









Geschäftsgebiet

Sparda-Bank Ostbayern eG

Zentrale

93047 Regensburg, Bahnhofstraße 5

Weitere Filialen

92224 Amberg, Marienstraße 1

93133 Burglengenfeld, Regensburger Straße 60

93413 Cham, Rödinger Straße 1

94469 Deggendorf, Michael-Fischer-Platz 2

95028 Hof/Saale, Ludwigstraße 54

84028 Landshut-Stadt, Neustadt 448

84034 Landshut-West, Ludwig-Erhard-Straße 8

95615 Marktredwitz, Martin-Luther-Straße 7

93073 Neutraubling, Pommernstraße 4

94032 Passau, Nibelungenplatz 4

94447 Plattling, Dr.-Walter-Bruch-Straße 1

93059 Regensburg DEZ, Weichser Weg 5

92421 Schwandorf, Am Brunnfeld 8

94315 Straubing, Theresienplatz 34

92637 Weiden, Bahnhofstraße 17

SB-Filialen

84030 Ergolding, Industriestraße 38-44

95028 Hof, Königstraße 4

92660 Neustadt/Waldnaab, Innere Floßer Straße 7

94032 Passau, Nibelungenplatz 5

94447 Plattling, Deggendorfer Straße 2

93053 Regensburg, Friedenstraße 23

93049 Regensburg, Stromerstraße 2 a

92421 Schwandorf, Breite Straße 21

94315 Straubing, Landshuter Straße 10

Internet

www.sparda-ostbayern.de



Impressum

Herausgeber

Sparda-Bank Ostbayern eG
Bahnhofstraße 5 · 93047 Regensburg

Telefon: 0941 / 58 31 22 2

E-Mail: kontakt@sparda-ostbayern.de

Redaktion

Gerd Baumann, Dietmar Breu, Bianca Fritsch, Max Leger

Gestaltung

acpress, Gesellschaft für Marketing,
Kommunikation und Event mbH
Provinzialstraße 26 · 66787 Wadgassen

Fotografie

Sparda-Bank Ostbayern eG

Druck

Schmidl & Rotaplan Druck GmbH
Hofer Straße 1 · 93057 Regensburg

Sparda-Bank

Die Deine Bank.